Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Zu Punkt der Tagesordnung

Antrag	**1000/2011** **öffentlich** **24.11.2011**

	Datum	Gremium	Antragsteller/in
Ö	24.11.2011	Ratsversammlung	Ratsfrau Günter, Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Ratsherr Oschmann, Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Betreff:

Alternativantrag zu TOP 10.5 Resolutionsantrag zum Bundeswehrstandort Kiel/Marinearsenal

Alternativantrag:

Die Kieler Ratsversammlung

- nimmt die Entscheidung des Bundesverteidigungsministers (CDU), den Kieler Marinearsenalbetrieb aufzulösen zur Kenntnis.
- bittet den Oberbürgermeister den Planungsprozess für die Konversion des Arsenalgeländes zu beginnen und frühzeitig alternative Nutzungen der Liegenschaft vorzubereiten mit dem Ziel, auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kieler Arsenalbetriebes am Standort Zukunftschancen zu eröffnen.
- befürwortet nach Vorliegen der Feinplanung eine zeitweilige gemeinsame zivil/militärische Nutzung des Arsenal-Geländes.
- bittet den Oberbürgermeister, sich aktiv für den Erhalt und den Weiterbetrieb der hochwertigen Ausbildungswerkstatt des Arsenals in neuer Trägerschaft einzusetzen um sicherzustellen, dass auch in den kommenden Jahren die Ausbildung dort begonnen werden kann.
- bittet den Oberbürgermeister für die Ideenfindung zur zivilen Nachnutzung des Arsenalgeländes in enger Abstimmung mit der Förderrahmenplanung ein Bürgerbeteiligungsverfahren durchzuführen.
- erwartet von der Landesregierung, dass sie unverzüglich in die angekündigten Gespräche mit der Bundesregierung über ein Konversionsprogramm eintritt.
- bittet den Oberbürgermeister alle in Frage kommenden Fördermittel von Land und Bund bezüglich einer Einwerbung für Kiel zu prüfen.
- erklärt sich solidarisch mit dem Einsatz der Beschäftigten des Kieler Arsenalbetriebs für ihre Arbeitsplätze.

Begründung:

Die Standortentscheidung des CDU-Verteidigungsministers vom 26.10.2011 mit der Auflösung des Kieler Arsenalbetriebes stellt die LH Kiel vor große Herausforderungen. Der Konversionsprozess für die Arsenalliegenschaft muss zügig mit einem

Bürgerbeteiligungsverfahren eingeleitet werden. Eine zivilwirtschaftliche Nachnutzung führt erstmalig zu Grund- und Gewerbesteuereinnahmen.

gez. Ratsfrau Katja Günther

gez. Ratsherr Lutz Oschmann f.d.R.